

## Symposium der Initiative 27. Januar in Berlin

Im Rahmen eines Symposiums zur deutschen Nahost-Politik am 8. Juni 2011 im Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestags in Berlin wurde ein klares Nein zu einer Anerkennung eines einseitig ausgerufenen palästinensischen Staates sowie ein klares Ja zur Legitimität des jüdischen Staates Israel und zur deutsch-israelischen Verständigung auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene zum Ausdruck gebracht. Veranstalter des Treffens mit insgesamt 25 Teilnehmenden, darunter die stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe, Gitta Connemann (CDU), der frühere außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Professor Gert Weisskirchen, sowie Vertreter verschiedener Nichtregierungsorganisationen, waren die Initiative 27. Januar und die European Coalition for Israel (ECI).

### **„Diese Frage ist nach wie vor nicht wankelmütig verhandelbar“**

In ihrem Grußwort betonte Connemann, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesaußenminister Guido Westerwelle und ihre Fraktion eine einseitige Ausrufung eines palästinensischen Staates ablehnen: „Diese Frage ist nach wie vor nicht wankelmütig verhandelbar.“ Sie habe hierüber direkt vor dem Symposium mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder, gesprochen. Er betonte, diese politische Positionierung bestehe „stärker als je zuvor“.

Zugleich würdigte Connemann auch die Bedeutung der Thematisierung dieser politischen Frage durch das Symposium und die Unterschriftenaktion. Insbesondere in Zeiten, in denen EHEC und die Energie-Wende die tagespolitische Diskussion bestimmen, sei dies wichtig: „Manchmal kommt es durch die Hektik in der Politik dazu, dass man wichtige Dinge übersieht oder sie unter den Tisch fallen.“

Ihre Ablehnung einer Anerkennung eines einseitig ausgerufenen palästinensischen Staates machte die Bundestagsabgeordnete unter anderem anhand der Einschätzungen deutlich, die sie bei einer kürzlich stattgefundenen Reise einer Delegation der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe in Israel bekommen hat: „Es gibt einen Tag nach der Anerkennung, und dann wird man daran gemessen werden, was eigentlich an Fakten folgt, nicht nur an einseitiger Erklärung, sondern an Fakten. Denn die Frage ist immer nicht nur, wie es auf dem Papier aussieht, sondern wie es in realiter bestellt werden wird.“ Eine einseitige Anerkennung würde dabei letztlich eine Schwächung der demokratischen Kräfte bei den Palästinensern bedeuten.

Mit Bezug auf verbreitete negative Sichtweisen auf Israel sagte Connemann: „Bitte schaut euch die Situation vor Ort an. Ich habe den Eindruck, dass die meisten, die über Israel reden, in der Regel weder da gewesen sind, noch überhaupt einen Kontakt in der Frage gehabt haben.“ Israelfreunde würden hier ein wichtiges Gegengewicht sein: „Deshalb ist es so wichtig, dass es Menschen gibt, die in aller Deutlichkeit sagen: Ich gebe der Freundschaft für Israel eine Stimme, und ich gebe der Freundschaft für Israel ein Gesicht.“ Hierbei hob sie auch das Engagement der bei dem Symposium vertretenen Nichtregierungsorganisationen hervor: „Es ist dringend Zeit, dass es Initiativen wie die Ihren gibt, die Aufklärung betreiben.“

## **Nicht nur Elite-Projekt: „Der Freundschaft für Israel eine Stimme und ein Gesicht“**

Diesen Punkt stellte auch der frühere Bundestagsabgeordnete Professor Gert Weisskirchen, ehemaliger außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, in seinem Symposiums-Beitrag heraus. Zwar gehöre es für alle Bundesregierungen zur Staatsräson Deutschlands, dass der jüdische Staat Israel gesichert ist, aber es bestehe das Problem, „dass dies häufig als ein Projekt der politischen Elite betrachtet wird und nicht oder wenig der Gesellschaft.“ Daher sei es von besonderer Bedeutung, „dass Nichtregierungsorganisationen mithelfen, dass dies ein gemeinsames gesellschaftliches Projekt ist und nicht alleine missverstanden werden könnte als ein Elite-Projekt der politischen Klasse“, betonte Weisskirchen.

Die politische Legitimität des Staates Israel sei gegeben, so Professor Weisskirchen, und dazu gebe es drei Hauptgründe, warum Deutschland – auch aus der Zivilgesellschaft heraus – den Staat Israel unterstützen sollte. So sei ein stabiler und unangefochtener jüdischer Staat Israel aus europäischer Sicht ein „demokratischer Stabilitätsanker“ für die gesamte Region, nicht zuletzt auch in Hinblick auf die aktuellen politischen Veränderungen in arabischen Staaten. Zudem könne Israel eine besondere Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung im Nahen Osten haben, auch in den Austausch-Beziehungen der EU mit ihren südlichen Nachbarstaaten. Als dritten Punkt nannte Professor Weisskirchen die historische Verpflichtung Deutschlands für die Sicherheit des jüdischen Staates Israel.

In Hinblick auf die mögliche einseitige Ausrufung eines palästinensischen Staates forderte Professor Weisskirchen, präventiv zu reagieren, dabei aber nicht nur negativ abzuwehren, sondern positive Ansätze zu geben, was von Deutschland und der EU getan werden kann. Für einen Frieden seien Verhandlungen statt einseitiger Schritte notwendig, und die Anerkennung Israels als jüdischer Staat sei dabei die zentrale Grundlage – es sei Zeit für eine solche „Peace Now“-Initiative, so Weisskirchen. Er knüpfte damit indirekt auch an seinen Vortrag und die gemeinsame Stellungnahme beim Nahost-Symposium der Initiative 27. Januar im vergangenen Jahr in Wüstenrot an.

Im Hauptreferat des Symposiums stellte die Expertin für internationales Recht, Dr. Cynthia Day Wallace, die völkerrechtlichen Grundlagen für den Staat Israel heraus, wobei sie insbesondere auch auf die Mandats-Regelungen bei der Konferenz von San Remo 1920 einging. Weitere Sprecher waren der Direktor der European Coalition for Israel, Tomas Sandell, und der 1. Vorsitzende der Initiative 27. Januar, Harald Eckert.

© Jörg Gehrke Juni 2011 Nachdruck nur mit Genehmigung des Autors